Landeshauptstadt Magdeburg

Stellungnahme der Verwaltung

öffentlich

zum/zur	Stadtamt	Stellungnahme-Nr.	Datum
F0212/22 – Fraktion DIE LINKE, Stadtrat René Hempel	Amt 50	S0326/22	14.09.2022
Bezeichnung	Pilotprojekt für ambulant betreutes Wohnen für Menschen mit hohem Hilfebedarf in der Landeshauptstadt Magdeburg		
Verteiler	Die Oberbürgermeisterin		Tag 27.09.2022

Die Landesregierung beabsichtigt, gemeinsam mit der Sozialagentur und einem Träger der Eingliederungshilfe ein Pilotprojekt für das ambulante Wohnen für Menschen mit hohem Hilfebedarf in der Landeshauptstadt zu initiieren.

1. Welche Bedarfslage sieht die Oberbürgermeisterin für ein solches Projekt in der Landeshauptstadt?

Eingliederungshilfen (EGH) gem. SGB IX, hierzu gehört das ambulante betreute Wohnen, werden in Sachsen-Anhalt in Zuständigkeit des Landes erbracht.

Die Landeshauptstadt Magdeburg arbeitet im Heranziehungsverhältnis, weisungsgebunden und ohne eigene Entscheidungshoheit. Die Bedarfslage wird daher vorrangig vom Land festgestellt. Grundsätzlich kann für das Gebiet der Landeshauptstadt Magdeburg festgestellt werden, dass die Unterbringung von Menschen mit hohen Hilfebedarfen überwiegend in der privaten Häuslichkeit oder in einer stationären Einrichtung erfolgt. Mit dem Pilotprojekt des Landes sollen neue Formen der ambulanten Unterbringung eruiert werden.

Aktuell bezieht sich die Bedarfslage auf ca. 5 erwachsene behinderte Menschen, mit hohem Hilfebedarf, die in der Häuslichkeit ihrer Eltern leben und betreut werden. Die Betreuung von erwachsenen Kindern ist für die älterwerdenden Eltern zeitlich begrenzt. Im Kern der Umsetzung des BTHG steht das selbstbestimmen Leben von behinderten Menschen. Das Teilhabegesetz unterstützt Menschen mit Behinderung dahingehend, dass wie hier in einer eigenen Häuslichkeit trotz Behinderung die Möglichkeit besteht, eine den persönlichen Wünschen entsprechende Lebensplanung mit mehr Selbstbestimmung umzusetzen. Im Gesamtplanverfahren werden individuelle Bedarfe, Fähigkeiten und Fertigkeiten festgehalten. Hilfen und Unterstützungsbedarfe können so an den Einzelfall angepasst individuell und mit aktiver Beteiligung des Menschen mit Behinderung gestaltet werden. Mit einer ambulant betreuten Wohnform wird ein eigenständiges selbstbestimmtes Leben von Menschen mit Behinderung befördert und die Inklusion in Form eines normalen Lebens in der sozialen Gemeinschaft (Leben im Quartier) weiter entwickelt. Somit unterstützt die Oberbürgermeisterin ein solches Projekt.

2. Welche Kenntnisse hat die Landeshauptstadt von diesem Pilotprojekt? In welchen Gesprächen befindet sie sich gegenwärtig mit den o.g. Initiator:innen?

Eine erste Vorsprache der Sozialagentur zum avisierten Pilotprojekt erfolgte bereits Ende 2021. Da das Sozial- und Wohnungsamt die Eingliederungshilfe im Namen des überörtlichen Sozialhilfeträgers erbringt, wurde das Land zunächst auf die Vorlage eines Projektplans verwiesen, um die Aufgabenfelder für die LH Magdeburg abstimmen zu können. Grundsätzlich ist es die Aufgabe des Landes, Angebote für die Bedarfslagen der Hilfebedürftigen bereitzustellen. Nähere Informationen zum avisierten Pilotprojekte hat das Sozial- und Wohnungsamt dann der Beantwortung der Landesregierung zur Kleinen Anfrage KA 8/869, welche das Sozial- und Wohnungsamt am 01.09.2022 zur Kenntnis erhalten hat, entnehmen können.

Die offizielle Vorstellung des Pilotprojektes erfolgte durch die Sozialagentur am 08.09.2022 mit Vertreter*innen des Sozial- und Wohnungsamtes sowie unter Beteiligung der Behindertenbeauftragten, Frau Pasewald.

Folgender Ablaufplan wurde am 08.09.2022 bei der Vorstellung des Pilotprojektes vereinbart:

I) Wie viele Personen kommen als potenzielle Leistungsberechtigte in Betracht?

T: zeitnah

V: Amt 50/ Frau Pasewald

II) Besteht ein Bedarf für eine Einzelwohnung oder eine Wohngruppe?

T: Eruerung in der Informationsveranstaltung

V: Sozialagentur, Amt 50, Frau Pasewald

III) Kontakt zu Wohnungsanbietern und Suche nach Wohnraum

V: Sozialagentur

3. Welche Kenntnis (mit wem wurde wann gesprochen, welche Ergebnisse gibt es, wann sind weitere Gespräche terminiert) hat die Oberbürgermeisterin bzw. haben die zuständigen Dezernate über dazu erfolgte Gespräche mit

a) MWG-Wohnungsgenossenschaft eG Magdeburg,

b) WG-Magdeburger Wohnungsbaugenossenschaft von 1893 eG und

c) WOBAU Magdeburg?

Zur möglichen Bereitstellung von ambulanten Wohnformen hat die Sozialagentur Kontakt zu verschiedenen Vermietern der Stadt aufgenommen, um die grundlegende Bereitschaft zur Schaffung ambulanter Wohnangebote im Rahmen des Pilotprojektes für das Gebiet der Landeshauptstadt Magdeburg zu erfragen. In dem Pilotprojekt sollen zunächst nur bestimmte Einzelfälle (Menschen mit hohen Hilfebedarfen von älter werdenden Eltern) bei der Suche nach ambulanten Wohnmöglichkeiten von der Sozialagentur und der Landeshauptstadt Magdeburg, als herangezogene Gebietskörperschaft, unterstützt werden. Nach einer ersten Grobeinschätzung der Sozialagentur könnte es sich in der Zuständigkeit der herangezogenen Gebietskörperschaft Magdeburg, um ca. 5 Einzelfälle handeln.

Einzelheiten zu den Projektpartnern, insbesondere zu den potenziellen Vermietern, kann nur das Land Sachsen-Anhalt, vertreten durch die Sozialagentur, beantworten.

Am 08.09.2022 hat die Sozialagentur mitgeteilt, dass eine Projektgruppe bestehend aus Sozialagentur, Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung, Behindertenbeauftragte LH MD, Amt 50 und ggf. Wohnungsanbietern gegründet werden soll.

4. Unter Berücksichtigung der Quartiersstrukturen wie u.a. die erforderlichen Voraussetzungen von besonderen Ausstattungen der Wohnräume (bspw. barrierearm/-frei, IT-Infrastruktur wie Rufanlage), Anbindungen an ÖPNV, Ärzt:innen, Angebote des täglichen Bedarfs wie Lebensmittel sieht die Oberbürgermeisterin welche Standorte für das Pilotprojekt in der Landeshauptstadt als geeignet an?

Wo, welche Angebote geschaffen werden sollen bzw. geschaffen werden können, ergibt sich erst nach der individuellen Bedarfsanalyse. Die Entscheidung zum Abschluss eines Versorgungsvertrages, zur Gründung einer ambulanten Wohnform für Menschen mit hohen Hilfebedarfen, z.B. in Form einer Einzelwohnung oder in Form einer Wohngemeinschaft, trifft der überörtliche Sozialhilfeträger, die Sozialagentur.

Eine nicht öffentliche Informationsveranstaltung für Eltern oder Betreuer*innen von potenziellen interessierten Projektteilnehmenden befindet sich gegenwärtig in der Vorbereitung. An der Informationsveranstaltung werden sowohl die Behindertenbeauftragte der LH MD sowie das Sozial- und Wohnungsamt von der Sozialagentur beteiligt.

5. In welcher Form und ab wann sieht die Oberbürgermeisterin es als erforderlich an, auch die Leistungsempfänger:innen in dieses Vorhaben einzubinden, um ihren Bedarfen und Vorstellungen gerecht zu werden und gleichzeitig ihre Selbstorganisation zu stärken?

Aufgrund der fehlenden Zuständigkeit, ist der LH Magdeburg die detaillierte Beantwortung nicht möglich.

Wie bereits zuvor erwähnt, soll es eine Informationsveranstaltung für die potenziell interessierte Projektteilnehmenden geben. Das Sozial- und Wohnungsamt, als Mitglied der von der Sozialagentur gegründeten Projektgruppe, hat den Auftrag erhalten, potenzielle Teilnehmende zu eruiieren und anzusprechen. Den gleichlautenden Auftrag hat auch Frau Pasewald, als weiteres Mitglied in der neu gegründeten Projektgruppe des Landes, am 08.09.22 erhalten und angenommen.

6. Wann möchte die Landeshauptstadt mit diesem Projekt realistisch beginnen? Was braucht es dazu seitens des Stadtrates?

Da es sich um eine Zuständigkeit des überörtlichen Sozialhilfeträgers handelt, welcher die LH Magdeburg im Fall der Leistungsgewährung herangezogen hat, ist eine Beteiligung des Stadtrates nicht erforderlich, da es sich nicht um eine Angelegenheit aus dem eigenen Wirkungskreis der LH MD handelt.

Die LH MD, vertreten durch das Sozial- und Wohnungsamt handelt weisungsgebunden im Namen des überörtlichen Sozialhilfeträgers.

Die Behindertenbeauftragte, Frau Pasewald, und das Sozial- und Wohnungsamt werden den Stadtrat, wenn gewünscht, gern über den Fortgang des Pilotprojektes informieren.

Das Projekt beginnt, wenn der erste Projektteilnehmende einen Mietvertrag für eine ambulant betreute Wohnform abgeschlossen hat. Das Land hat eine Projektdauer von einem Jahr ab Unterzeichnung Mietvertrag angesetzt. Während der Projektlaufzeit aber auch am Ende werden Evaluationen durchgeführt und notwendige Nachjustierungen, zur Befriedigung der individuellen Bedarfslage, sollen vorgenommen werden.

Dr. Arnold